

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

25.01.2023

MdL Jeannine Rösler

TOP 14

Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern endlich attraktiver machen

- Drucksache 8/1747 -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zweifelloos ist der Lehrkräftemangel das dominierende bildungspolitische Thema unserer Zeit. Das Land Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in einem harten Wettbewerb mit den anderen Bundesländern um Lehrerinnen und Lehrer. Es geht um die Qualität der Bildung an unseren Schulen und damit um die Zukunft unseres Landes. Da sind Vorschläge gern gesehen. Der vorliegende Antrag der CDU präsentiert uns einen solchen. Ich kann Ihnen, Herr Kollege Renz, in Ihrer Analyse in Punkt eins nur zustimmen. Hier gibt es kein Vertun, die Fakten dazu liegen spätestens seit der Analyse zur Situation der Lehrkräfteausbildung des Rostocker Experten Prof. Radisch auf dem Tisch. Die Gründe für den von Ihnen angeführten Wechsel oder Abbruch des Studienfachs und die ganz besonders prekäre Situation in den Fachrichtungen Regionale Schule, Berufsschule und Sonderpädagogik sind vielfältig. Sie reichen von falschen oder ungenauen Vorstellungen über die Realität des Berufes bis zur Unzufriedenheit über die Ausbildungssituation. Das sind Themen, die wir mit der vor uns liegenden großen Novelle des Lehrerbildungsgesetzes angehen werden, ich hoffe da auf Ihre rege Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren.

Ich will zu Punkt eins auch folgendes sagen:

Nicht nur die MINT-Fächer sind zukunftsweisend, meine Damen und Herren der CDU, das gilt ebenso für die musischen und künstlerischen Fächer, für die Förderung von Kreativität insgesamt. Die schulische Ausbildung ist eine umfassende. Gerade in diesen Zeiten dürfen wir auch den Blick auf die Schulung von Medienkompetenz und politische Bildung nicht verlieren. Hier müssen wir weiter handeln, so wie wir es ja beispielsweise mit dem gemeinsamen Antrag zur Erinnerungskultur an Schulen vorhaben. Wie Sie dazu kommen, die Regelungen zum Seiteneinstieg als nicht ausreichend abzuqualifizieren, bleibt Ihr Geheimnis. Meines Wissens liegt dazu noch keine Evaluation vor. Fakt ist, dass wir zum Schuljahresbeginn 22/23 690 neue Lehrkräfte einstellen konnten – so viele wie seit 2015 nicht mehr, auch aufgrund der neuen Regelungen zum Seiteneinstieg. Damit kommen wir zum Punkt zwei, dem Sie ebenfalls eine Auslaufkurve verpasst haben. Die Belastung für Menschen in sozialen Berufen ist durch die vielschichtigen Krisen unserer Zeit besonders hoch, das ist unstrittig, aber das sind sie überall in der Bundesrepublik und nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Dann allerdings die Beschulung von Kindern, die aus Kriegsgebieten flüchten mussten, in eine Reihe zu stellen mit dringend nötigen Verbesserungen technischer Infrastruktur und vor allem der Bekämpfung einer Pandemie ist ein Zungenschlag, der diese Kinder in die Kategorie Problem bzw. Dauerbaustelle einordnet. Das ist, ich gehe davon aus, nicht Ihre Absicht.

Kinder sind immer eine Bereicherung und eine Chance.

Besonders bemerkenswert finde ich jedoch Ihren Punkt drei. Bemerkenswert deshalb, weil Sie es doch tatsächlich schaffen, den Eindruck zu erwecken, es habe seit 2014 keine Verbesserung für die Lehrkräfte mehr gegeben. Ich möchte hier nur daran erinnern, dass mit dem 1. August 2020 die Höherstufung für die Grundschullehrkräfte in Kraft trat, die nun wie alle anderen verbeamteten Lehrkräfte in die Gehaltstufe A13 eingeordnet wurden. Das hat zusätzliche Mittel in Höhe von über 5 Mio. Euro erfordert – für unser Land wahrhaftig keine Peanuts.

Meine Damen und Herren,

was in anderen Berufen möglich ist, ist im Berufsalltag von Lehrkräften nicht unbedingt umsetzbar. Der Schulbetrieb funktioniert schon anders als ein mittelständisches Unternehmen oder eine Behörde. Das Modell Lebensarbeitszeitkonto ist ein ganz dickes Brett, das mit allen Beteiligten zu beraten ist, das ja auch einer rechtlichen und finanziellen Grundlage bedarf. Es stellt sich die Frage, ob die Einführung von Zeitkontingenten die Probleme nur verlagern, statt sie im Sinne aller zu lösen. Solche Fragen sind Bestandteil des Bildungspaktes 2030 und werden zusammen mit den Partnerinnen und Partnern verhandelt. Ihre Forderung nach Absenkung der Pflichtstundenzahl ist aus Sicht der betroffenen Lehrkräfte selbstverständlich nachvollziehbar, in Anbetracht der aktuellen haushalterischen Lage jedoch schlicht nicht finanzierbar. Allein die Reduzierung um zwei Lehrerwochenstunden würde zu einem zusätzlich Einstellungsbedarf von 1000 Lehrkräften in Vollzeit führen, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Die zusätzlichen jährlichen Kosten würden sich auf rund 85 Mio. Euro beziffern. Dabei würde es sich um laufende, also strukturelle, Ausgaben handeln. Dass das nicht zu stemmen ist, erklärt sich mit Blick auf den Haushalt von allein, es sei denn wir kürzen in gleichem Umfang an anderer Stelle oder wir verschulden uns, dagegen steht allerdings die Schuldenbremse. Wir wollen machbare Wege finden, den Lehrkräftemangel im Land anzugehen. Hier hat die Landesregierung zusammen mit den Partnerinnen und Partnern aus den Gewerkschaften und Interessenverbänden im Rahmen des Bildungspaktes 2030 ein vorzeigbares Maßnahmenpaket geschnürt und ist mit der neuen Seiteneinstiegsverordnung sowie mit der kommenden Novelle des Lehrerbildungsgesetzes auf einem guten Weg.